

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Redakteur: Riese, Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52, Dresden 1602, Druckerei: Riese, Postfach Nr. 52.

Nr. 302.

Sonnabend, 29. Dezember 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Unterens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 10 mm hohe Schrift-Zeile (6 Silben) 16 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe eines Kautionsbetrags in Kontant oder durch Einzahlung in Rente gesichert ist. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Schnitzler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Abnehmer oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Göttsch, Riesa.

Washingtons politische Probleme.

Die Jahreswende ist auch ein Zeitpunkt, an dem die politischen Verantwortlichen eines Landes eine Bilanz ihrer Erfolge oder ihrer Mißerfolge zu ziehen haben. Diese politischen Bilanzen aller Länder für das Jahr 1928 zeigen insofern alle etwas Gleichmäßiges, als sie nicht ganz ausgehen wollen. Die politischen Rechnungen der großen und kleinen Mächte sind durchweg nicht ausgefallen, sie zeigen Entwicklungen an, die erst einen Anfang aufweisen oder noch im Fluß sind, die alle erst etwas Abschließendes in der Zukunft erbringen können. Auch die Bilanz des politischen Handels Washingtons für das Jahr 1928 hat solche Bäume, sie ist also die Zusammenfassung von neuen und alten Problemen, die erst das kommende Jahr lösen wird. Die amerikanische Politik des vergangenen Jahres wird von drei Momenten getragen. Innerpolitisch bewegt sich das eine Moment um das Ergebnis der Präsidentenwahl mit dem durchschlagenden Erfolg der Republikaner, also eines "hundertprozentigen Amerikanismus", der sich nun auch politisch auswirken wird. In der Außenpolitik Washingtons ist das Moment des Gegenüber der Vereinigten Staaten zu England und das Moment der Einstellung Washingtons zu den Fragen Südamerikas das Grundlegende. Alle drei Probleme sind für die Gestaltung der Politik Washingtons gleich wichtig. Alle drei sind ungelöst, alle drei drängen zu einer endgültigen Stellungnahme, also zu einem Abschluß, der die Politik der nordamerikanischen Union erst stabilisieren wird.

Die amerikanisch-englischen Differenzen sind bekannt. Sie sind gegeben durch den englisch-französischen Vertrag, besser gesagt, durch die in diesem Vertrag liegende Absicht der Londoner Politik, den Kampf gegen den großen amerikanischen Konkurrenzanten aufzunehmen. Diese Gegensätze zwischen Washington und London können durch zwei Entscheidungen beglichen werden. Die eine Entscheidung läge in dem Ergebnis des großen und ersten Kampfes selbst, die andere in einer Bereitwilligkeit Englands, den amerikanischen Konkurrenzanten als eine gleichberechtigte Macht anzuerkennen, d. h. in dem Willen der englischen Politik, den Konkurrenzkampf durch ein gütliches Ueberkommen unter Wahrung auch der amerikanischen Interessen auszuhalten. Beide Möglichkeiten hängen heute in der Luft. In dem politischen Gesicht Londons ist nicht zu sehen, nach welcher Richtung der Weg beschritten werden soll. Die starke Annäherung Englands an Frankreich, die durch die Unterzeichnung der französischen Bündnisgruppe verstärkte englische Einflußsphäre, die Mißerfolge des Völkerbundes, der ja sehr stark das Gepräge Englands und Frankreichs aufweist, die Freilassung der Abrüstungsverhandlungen, das alles hat in Washington den Eindruck einer ernstlichen Verschärfung der Gegensätze zur englischen Politik hervorgerufen. Wie bestimmt dieser Eindruck ist, das sieht man auch in gewissen politischen Schritten Washingtons. Man hat das von der amerikanischen Regierung ausgearbeitete neue Flottenbauprogramm unbedingt als einen Gegenstoß der Vereinigten Staaten angesehen, als einen Versuch, das englisch-französische Flottenbündnis durch eine wesentliche Erweiterung der eigenen Flottenstärke zu fombatieren. Die Washingtoner Politik hat es aber nicht allein bei diesem innerpolitischen Schwachs belassen. Die Gestaltung der Ostasien-Politik Washingtons, insbesondere die Anerkennung des neuen China durch die Vereinigten Staaten sind gleichfalls Schritte, deren Tendenz man in London verstehen wird. Hier ist festzustellen, daß die Vereinigten Staaten bei ihrem politischen Jahresabschluß unbedingt mit einem beachtlichen moralischen und praktischen Gewinn abschneiden. Schließlich hat man auch die Entwicklung der amerikanisch-russischen Beziehungen als einen Ausfluß des Gegenüber zwischen Washington und London anzusehen. Die Tatsache allein, daß in Moskau der großbritannischen Politik ein erster Gegner erwacht, genügt den Vereinigten Staaten, der Annäherung an die Sowjets wenn auch keine offiziell aktive, so doch eine private Initiative zu leihen. Washington hat die Sowjets zwar offiziell noch nicht anerkannt. Aber es ist anzunehmen, daß die großen privaten Bindungen der amerikanischen Wirtschaft mit den Sowjets nicht ohne Duldung und Wunsch der Washingtoner Regierung festgelegt wurden. Wenn man die allerdings etwas verschleierte Andeutungen des Senators Borah wirklich nehmen will, dann wäre die Anerkennung der Sowjets durch die amerikanische Regierung bereits vollzogen. Borah behauptete nämlich im Senat, daß die Tatsache der Ratifizierung des Kellogg-Paktes durch Rußland Amerika und die Sowjetunion in ein Vertragsverhältnis zueinander bringe, das logischerweise die Anerkennung der Sowjets durch Washington in sich schließt. Ob die amerikanische Regierung sich dem Ziel zu eigen macht, ist nicht zu ersehen. Aber aus dem praktischen Handeln Washingtons kann man herauslesen, daß die Annäherung an Rußland durchaus eine Zweckaufgabe der offiziellen Politik Washingtons ist. In all diesen Entwicklungen der amerikanischen Außenpolitik liegt aber einzig und allein die Tendenz, der englischen Initiative etwas Entscheidendes gegenüberzustellen. In den Beziehungen Washingtons zu den Ländern des südamerikanischen Kontinents hat sich in den letzten Monaten nichts wesentliches verändert. Die Gegensätze

Reparationsbericht u. die Lage der deutschen Wirtschaft

Besprechungen Gilberts mit Coolidge und Hoover.

Berlin. Der 4. Jahresbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert wird in Kürze vorliegen. Gilbert selbst hat sich nach Washington begeben, um Coolidge und Hoover mündlich das mitzuteilen, was der Bericht wahrscheinlich nicht einmal zwischen den Zeilen durchblicken lassen wird. Wenn Parker Gilberts letzter Jahresbericht mit kühler Sachlichkeit feststellte, daß das Dawesgesetz sich einigermäßig bewährt habe, daß Deutschland pünktlich zahle, so wird der vierte Bericht wohl auf Tatsachen und Ziffern der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands Rücksicht nehmen müssen. Gewiß ist es noch kein ausgeprochenes Krisenjahr, das wir jetzt erleben, allein die Spannung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ist so deutlich zu erkennen, daß das 5. Dawesjahr sehr wahrscheinlich unter dem Druck einer außergewöhnlichen Entwicklung stehen wird. Soweit sich heute übersehen läßt, hat die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Jahre 1928 nicht zugenommen. Dem entspricht auch, daß die Kapitalbildung nur unzulängliche Fortschritte gemacht hat, daß sie jedenfalls nicht ausreicht, um auch nur annähernd den unbedingt notwendigen eigenen Kapitalbedarf zu decken. Neue Steuern, ganz einzeln, wie sie eingelegt werden, müssen den schwachen Kapitalbildungspunkt völlig unterbinden.

Vielleicht ist die Annahme, daß dies in der Richtung der Sozialdemokratie liege, nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Wie problematisch jedoch die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind, geht daraus hervor, daß die Reichsbank über den Konjunkturrückgang durch eine Diskontierung auszuhalten. So muß die deutsche Wirtschaft einen Einbruch tragen, der erheblich höher ist als der der Industriestaaten, mit denen Deutschland im schärfsten Wettbewerbs steht. Allerdings bietet der hohe Zinssatz für das ausländische Kapital den Anreiz, Gelder nach Deutschland zu legen. Inwiefern liegt andererseits darin eine große Gefahr, denn diese ausländischen Gelder können bei einer Verschärfung der Wirtschaftskrise jederzeit zurückgezogen werden, was für die gesamte Wirtschaft von unübersehbaren Folgen sein müßte. Wenn durch die Steigerung der Gehaltsausgaben die deutsche Ausfuhr immer weniger lohnend wird, so muß sich daraus eine Zurückdrängung des deutschen Wettbewerbs entwickeln.

Die Ausfuhrziffern, die ein Spiegelbild für unsere Zahlungsfähigkeit sein sollen, lassen insofern einen Anstieg vor, als sie auch die Mengen der Exporte enthalten, die wir als Reparationsleistungen ausführen, sowie die, die in die ehemaligen deutschen Gebiete gelangen.

zu Merito sind zwar etwas gemildert worden, aber der Nicaragua-Konflikt barrt auch heute noch seiner Lösung, wenn er auch seiner akuten Gefahr entleitet werden konnte. Die Reise des neugewählten zukünftigen Präsidenten Hoover durch die Länder Südamerikas, ein ausgesprochenes Propagandaaufenthalten Washingtons, die zahlreichen panamerikanischen Konferenzen, ferner die erst kürzlich in Washington beschlossene Handelskonvention gegen jedoch den Weg, den die Washingtoner Politik Südamerika gegenüber beschreiten will. Dieser Weg ist der Versuch einer Verständigung. Ob er gelingen wird, das wird erst das Jahr 1929 erweisen.

Einberufung der Abrüstungskonferenz.

Genf. Der Ausschuss zur Vorbereitung einer ersten internationalen Abrüstungskonferenz ist, wie das Völkerbundsekretariat amtlich bekanntgibt, von seinem Präsidenten Lordon-Holland, auf Montaa, den 18. April nächsten Jahres zu einer neuen Tagung einberufen worden. Wie erinnerlich, hatte die letzte Völkerbundsversammlung unter Hinweis auf ihre früheren Beschlüsse den beschleunigten Abschluß der Abrüstungsvorbereitungen verlangt, die vor halb zwei Jahren ins Stocken gerieten, und deshalb die baldige Einberufung einer neuen Tagung innerhalb der ersten drei Monate des kommenden Jahres gefordert, auch wenn bis dahin die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Beobachtung und die Einberufung der ausgebildeten Landreferenzen nicht beigelegt sein sollten.

Ferner wurde bekannt, daß Graf Bernstorff in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sonderausschusses für Kontrolle der Rüstungsindustrie auf Montaa, den 11. März einen Sachverständigenausschuß einberufen hat, der den neuen belgischen Vorschlag zur Abänderung der bisher in Antwerpen an die Waffenhandelskonvention vorgeschlagenen Kategorien für Kriegsmaterialien prüfen soll. Sämtliche im Sonderausschuß vertretenen Staaten wurden aufgefordert, zu dieser Tagung Sachverständige zu entsenden.

Wenn die Ausfuhr 1928 etwa rund 108 Milliarden Mark ausmacht, so sind davon 1,5 Milliarden für Sachlieferungen, sowie für die Ausfuhr nach den ehemals deutschen Gebieten abzuziehen. Demgegenüber bleibt die Einfuhr mit über 13 Milliarden Mark unverändert, woraus sich ein Fehlbetrag von rund 4,5 Milliarden Mark ergibt. Gewiß sind in der Einfuhr auch Mengen und Werte enthalten, die aus den ehemals deutschen Gebieten stammen. Aber jetzt geht dafür Geld ins Ausland. Wie sollen wir bei einem solchen Einfuhrüberschuß unsere Schulden durch Warenausfuhr begleichen? Auch die Mobilisation eines Teiles der Reparationsgelder wird daran nichts ändern. Denn wir müssen eines Tages doch daran denken, auch diese Schulden aus den Ueberschüssen der Zahlungsbilanz zurückzuerhalten. Nun würde sich diese Mobilisation finanzpolitisch für Deutschland nicht anders auswirken als in einer neuen Steigerung seiner Verschuldung, da ja der Zinsenbeitrag für die Auslandsverschuldung durch Steuern aufgebracht werden muß.

Die sogenannte Kommerzialisierung der deutschen Reparationslast ist im Grunde nichts anderes als die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft nach einer Mobilisation der Schuldverschreibungen eine höhere Gesamtsumme als bisher aufbringen soll.

Eine Mobilisation würde kaum ohne Kapitalverlust für Deutschland vor sich gehen können. Jedenfalls geben solche Forderungen des finanziellen Ertrages der deutschen Wirtschaft die härtesten Hindernisse für den deutschen Wettbewerb auf den ausländischen Märkten. Da nun der neue Bericht Gilberts für die ganze Weiterentwicklung der Reparationszahlungen von der höchsten Wichtigkeit sein wird, darf man wohl hoffen, daß

Parker Gilbert aus der tatsächlichen schlechten Lage der deutschen Wirtschaft die richtigen Schlüsse ziehen wird. In Berliner politischen Kreisen erwartet man den Jahresbericht des Reparationsagenten mit um so größerer Spannung, als dessen Ergebnisse für die kommenden Sachverständigenberatungen von erheblicher Bedeutung sind. Ursprünglich war die Veröffentlichung des Berichts bereits am Montag vorgesehen, wurde dann jedoch vertagt. Mit einer weiteren Verzögerung muß gerechnet werden. Der Tag der Erneuerung der Reparationsfachverhandlungen ist noch unbestimmt, da zwischen den sechs Reparationsmächten zunächst eine Verständigung darüber herbeigeführt werden muß, wie die Erneuerung der amerikanischen Sachverständigen vorgenommen werden soll.

Bermutlich wird man die Zahlungnahme Gilberts mit der amerikanischen Regierung abwarten, ehe darüber eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

Amerikas Haltung in der Reparationsfrage.

New York. Herald und Tribune sagt in einem Leitartikel, die amerikanische Reparationspolitik bezeichne eine Beteiligung Amerikas an der Klärung des Reparationsproblems natürlich als wünschenswert, obwohl die amerikanischen Interessen durch inoffizielle Beobachter gewahrt werden könnten. Der glänzende Erfolg des Dawesplans erhöhe die Aussicht, daß auch diesmal wieder die Vereinigten Staaten in mittelbarer Weise ausgleichenden und vielleicht kontrollierenden Einfluß ausüben könnten, um Meinungsverschiedenheiten über die Reparationen auf eine Frage des guten Glaubens und gesunden Menschenverstandes zurückzuführen, wobei die billigen Vertragsbestimmungen ebenso wie wirtschaftliche Tatsachen berücksichtigt werden müßten. Eine gerechte Lösung würde allen Beteiligten helfen und dürfte auch weit leichter sein als im Jahre 1924. Das amerikanische Volk freue sich, daß amerikanische Beobachter abermals zur Regelung der Nachkriegsschwierigkeiten beitragen sollen.

New York. Nach einer Meldung der New York Times aus Washington behauptet man im Staatsdepartement, keine Kenntnis davon zu haben, daß irgendwelche Anfragen an Owen D. Young oder an andere Persönlichkeiten ergangen seien, um festzustellen, ob sie geneigt wären, an der Sachverständigenkommission teilzunehmen. New York Times meldet dagegen aus Washington, die Ernennung Owen D. Youngs sowie des Chicagoer Bankiers Rufus C. Dawes, eines Bruders des Vizepräsidenten, sei so gut wie sicher.

Zusammentritt der Reparationskommission am 5. Januar.

Paris. Nach dem Temps wird die Reparationskommission wahrscheinlich am 5. Januar zusammentreten, um die Ernennung der von den in der Reparationskommission vertretenen Regierungen bezeichneten Sachverständigen rein formell zu vollziehen.

Sternburg-Bier verlangt unbedingt, wer im Prinzip was Gutes trinkt.